

Solidaritätserklärung der SPD-Landtagsfraktion anlässlich der Kundgebung von Junglehrerinnen und Junglehrern auf dem Stuttgarter Schlossplatz

Liebe Junglehrerinnen und Junglehrer, sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Landtagsfraktion sendet die besten Grüße zu Ihrer heutigen Kundgebung gegen die Lehrereinstellungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung. Wir sichern Ihnen unsere Solidarität und Unterstützung zu.

Die Landesregierung setzt über 5.000 gut ausgebildete junge Lehrkräfte auf die Straße. Dies ist beschäftigungspolitisch ein Skandal und bildungspolitisch ein Desaster. An den Schulen des Landes fallen pro Jahr 2,8 Mio. Unterrichtsstunden aus, der Ausbau der Ganztagschulen geht nur schleppend voran und die individuelle Förderung der Kinder kommt viel zu kurz. Geradezu zynisch ist es, wenn gut ausgebildete Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, einige von ihnen über den Weg des „Pädagogischen Assistenten“ als Billigarbeitskräfte dann doch noch eine Anstellung bekommen. Wenn Kultusminister Rau der SPD daraufhin im Landtag „Hetze“ vorwirft, dann zeigt, dass er die mangelnde Lehrerversorgung und den hohen Unterrichtsausfall an vielen Schulen nicht zur Kenntnis nimmt. Das ist ignorant und unverantwortlich gegenüber den Schulleitern, den Eltern und den arbeitslosen Lehreranwärterinnen und -anwärtern, die ihre Sorgen in zahlreichen Briefen und e-mails zum Ausdruck bringen.

Die Landesregierung hat bei den Lehrerstellen Wortbruch begangen. Entgegen ihrem Wahlkampfversprechen sperrt sie 870 Lehrerstellen. Die Folgen der Sperre muss nun der Lehrernachwuchs ausbaden – das darf nicht sein! Darüber hinaus geht diese Politik auch zu Lasten der Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen. Dies kann sich ein Land wie Baden-Württemberg nicht erlauben.

Die SPD fordert als Sofortmaßnahme, 1.150 zusätzliche Junglehrerinnen und Junglehrer im kommenden Schuljahr in den Schuldienst einzustellen, um deren Einstellungssituation und die Unterrichtsversorgung an den Schulen deutlich zu verbessern. Hierfür wird die Sperrung von 870 Lehrerstellen aufgehoben sowie die Umwidmung von 280 Stellen zur Finanzierung der Evaluation an Schulen zurückgenommen. Wir haben bereits eine entsprechende parlamentarische Initiative in den Landtag eingebracht.

John F. Kennedy hat gesagt: „Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung – keine Bildung.“ Die SPD im Land fordert „Bessere Bildung für alle!“. Hierfür brauchen wir gut ausgebildete und motivierte Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Wir wünschen der heutigen Kundgebung viel Erfolg und eine breite Resonanz.

Stuttgart, 10.7.07

Norbert Zeller MdL

Vorsitzender des Schulausschusses im Landtag